

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

**Netzpolitik –
Kommunikation statt Überwachung!**

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

12 Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!

Netzpolitik umfasst die Bereiche Politik des Netzes (Architektur, Standards, etc.), der Politik über das Netz (Datenschutz, Persönlichkeitsrechte, Urheberrecht, usw.) sowie der Politik mit dem Netz (eGovernment, Liquid Democracy, Campaigning, etc.).

Bildung, Wissen und Information sind wesentliche Grundlagen einer in die Gesellschaft integrierten Existenz. Die technologischen Entwicklungen und Veränderungen der vergangenen Jahrzehnte haben es mit sich gebracht, dass der Zugang zu diesen drei ohne schnelles Internet nicht mehr zu gewährleisten ist. Somit ist der Zugang zu Internet für jedermann unerlässlich; schnelle Internet-Anschlüsse gehören inzwischen zum Kanon der allgemeinen Grundversorgung und öffentlichen Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom und Öffentlicher Nahverkehr. Das Grundrecht auf Zugang zum Internet (wie in Estland) ist für uns daher selbstverständlich.

Das Internet ermöglicht unter anderem – politischen Willen voraus gesetzt – den öffentlichen Zugang für jedermann zu allen Vorgängen und Dokumenten bezüglich aller Entscheidungen und Maßnahmen – auch kommunaler – Politik, die eben diese Menschen betreffen. Repräsentative Demokratie und Autoritätsübertragung an Behörden lässt sich auf diese Weise um direktdemokratische Einfluss- und Kontroll-Mechanismen erweitern.

Kommunale Netzpolitik muss von diesen beiden Leitgedanken geprägt sein.

München spielte – und dies anerkennen wir als LINKE – bereits zweimal eine Vorreiterrolle: Nämlich in der Entscheidung, die Stadtverwaltung weitestgehend auf linux-basierte Software umzustellen (LiMux), sowie in der Umstellung des Kartendienstes der städtischen Webseite auf OpenStreetMap. München soll und muss diese Vorreiterrolle weiterführen im Bereich kommunaler Netzpolitik.

Wichtiger und öffentlichkeitswirksamer Bestandteil von kommunaler Netzpolitik ist der städtische Internet-Auftritt „**muenchen.de**“. Dieser ist in wesentlichen Punkten verbesserungsbedürftig. Daher:

- Die Webseite muss barrierefrei gestaltet werden, d.h. Skalierbarkeit der Schrift, sowie offene html-Struktur und Alternativtext bei Grafiken für Vorlese-Software;
- Die Webseite darf auch künftig keine Verknüpfungen (mehr) mit Datenkraken wie Google oder Facebook enthalten;
- Alle Inhalte sollen unter Creative-Commons-Lizenz eingestellt werden;
- Nutzung von Vimeo (anstelle von YouTube);
- Einrichtung eines eigenen städtischen Diaspora-Pods innerhalb der weltweiten Diaspora-Community (als Alternative zu Facebook) als Bürger*innen-Service (nicht nur für Münchner Bürger*innen) und Vorbild-Funktion.

Kostenfreier Zugang zum Internet muss (nach dem Vorbild Estland) gewährleistet sein. Daher:

- Ausreichende Anzahl **schneller** Internet-Portale in allen Stadt(teil)bibliotheken;
- **Schnelle** Hotspots in allen städtischen Einrichtungen – nicht nur in der Innenstadt, sondern auch und insbesondere in den randstädtischen Stadtvierteln, auch in allen Jugendzentren;
- Unterstützung der Münchner Freifunk-Initiative.

Die mündige und selbstbestimmte Nutzung des Internets erfordert eine entsprechende Bildung nicht nur der technischen, sondern auch der inhaltlichen Kompetenz – insbesondere der Fähigkeit zu Unterscheidung und Bewertung der Inhalte, sowie das Bewusstsein für die Suchtgefahren des Internet. Daher fordern wir:

- entsprechend gestaltete Internet-Kurse als Medienbildung in den Jugendzentren, über die Jobcenter, usw. und
- die Förderung von suchtpreventiven und suchthelfenden Initiativen.

Das derzeitige eGovernment-Angebot ist unvollständig und als Wirrwarr auf der städtischen Webseite versteckt. Daher fordern wir:

- ein einfaches, sofort zugängliches und übersichtliches eGovernment-Angebot.

Immer mehr digitale Anwendungen werden aus Gründen der Kosteneinsparung in „die Cloud“ ausgelagert, d.h. in externe Server und Speicher bzw. an externe digitale Rechenleistungen. Damit wird die Kontrolle über die Daten aus der Hand gegeben. Daher:

- **Kein** Cloud Computing der städtischen Verwaltung, da sonst derzeit keine Datensicherheit gewährleistet werden kann.

Information bedeutet Wissen. Nichtöffentliches Wissen ist immer Herrschaftswissen. DIE LINKE. München will eine möglichst herrschaftsfreie Stadtgesellschaft. Daher:

- Open Data – Offenlegung und übersichtlicher Zugang zu allen städtischen Dokumenten, bzw. allen kommunalen Verwaltungs-Daten; (zu den Prinzipien von „Open Data“ siehe **Anhang auf Seite 58**);
- Einrichtung einer Internet-Plattform **liquid-muenchen.de** Digitale und rechtsverbindliche Bürger*innen-Beteiligung (Planungsvorhaben, Bürger*innen-Haushalt, Petitionen, etc.);
- Entwicklung und Verabschiedung einer Kommunalen Informationsfreiheitsatzung.

Das Thema Netzpolitik ist ein Querschnittsthema. Daher:

- Einrichtung eines entsprechenden Grundsatz-Ausschusses „Kommunale Netzpolitik“ im Stadtrat. Dieser muss federführend sein in allen Fragen kommunaler Netzpolitik und natürlich mit Antragsrecht ausgestattet werden.

Viele Bereiche der Netzpolitik werden auf Bundesebene, manche auch auf Landesebene verhandelt und entschieden. Daher:

- Die Landeshauptstadt München muss als eine der größten Kommunen Deutschlands seinen Einfluss auf Landes- und Bundesebene geltend machen, um entsprechende gesetzliche und regulatorische Voraussetzungen für ein freies und demokratie-förderliches Internet zu bewahren bzw. zu schaffen.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühdorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian